

Wachstum als Normalfall der wirtschaftlichen Entwicklung?

Michael Mangold

Das Narrativ vom wirtschaftlichen Wachstum

Die Vorstellung wirtschaftlichen Wachstums als ein im Normalfall expansiver Prozess ist kaum zu trennen vom gemeinsam geteilten Bild des »Wirtschaftswunders« als dominierende Erfolgsgeschichte der Nachkriegszeit. Daher scheint zumindest für einen vorläufigen Zugang der Begriff des Narrativs geeignet, um die Verankerung des Wachstumsverständnisses im kulturellen Grundverständnis darzulegen. Da jedoch der Begriff ähnlich wie andere Schlüsselworte der politischen Öffentlichkeit der letzten Jahrzehnte – von der Dialektik über den Diskurs zur Nachhaltigkeit bis hin zur (sozial-ökologischen) Transformation – durch den gleichermaßen häufigen wie unbestimmten Gebrauch an analytischem Gehalt einbüßte, sind eine Abgrenzung und eine Begriffsschärfung erforderlich.

Es bietet sich die von Aleida Assmann (2023) vorgenommene Bestimmung an, nach der sich ein Narrativ durch die sinnstiftende Interpretation von Vergangenheit und die daraus abgeleitete Orientierung für zukünftiges Handeln einer Gruppe oder Institution kennzeichnet.¹ Ein Narrativ etabliert inmitten von vieldeutigen Ereignissen durch die Reduktion auf eine Lesart einen »Richtungssinn in der Zeit« (ebd. 94). Es geht daher nicht um die individuellen Erfahrungen der Vergangenheit, auch nicht um die empirisch gestützte und kritisch reflektierte Sicht auf die soziale Wirklichkeit, sondern um ein gemeinsam geteiltes Bild der Vergangenheit. Für Assmann liegen »Ziel und Zweck« eines Narrativs in dieser Verknüpfung aus der Interpretation von Vergangenheit mit der Zukunft, das Narrativ »bietet Orientierung in ungewissen Zeiten

1 Neben den Kultur- und Literaturwissenschaften beschäftigen sich u.a. auch die Wirtschaftswissenschaften mit dem Narrativ: vgl. McCloskey (1990), Shiller (2019).

und eine Zukunftsvision in einer Krise« (94f.). Aus der Vielzahl möglicher Interpretationen wird auf ein gemeinsam geteiltes Bild reduziert, aus welchem Ansprüche und Erwartungen für die Zukunft abgeleitet werden.

Ausgehend von diesem Grundverständnis untersucht der vorliegende Beitrag in verschiedenen voneinander abgrenzbaren Diskussionsfeldern – der historischen Genese der Ereignisse, der jeweiligen parteipolitischen Programmatik und der wissenssoziologischen Analyse – die Entstehung und Etablierung des Narrativs von Wachstum als Normalfall der wirtschaftlichen Entwicklung.²

Ausgangspunkt des Narrativs

Für Deutschland kann die Entstehung des Wachstumsnarrativs für die Phase während der unmittelbaren Nachkriegszeit bestimmt werden, in der sich das kollektive Handeln vorrangig auf die Bekämpfung von Hunger und Not richtete. Der Begriff des wirtschaftlichen Wachstums war in der breiteren Öffentlichkeit zwar bereits in der Zwischenkriegszeit eingeführt, jedoch dominierte er noch nicht die allgemeine Wahrnehmung des Verständnisses wirtschaftlicher Entwicklung.³ Diese Geltung erlangte das wirtschaftliche Wachstum erst durch die Antwort der westlichen Siegermächte auf die spezifische Situation der Nachkriegszeit.⁴ Im Zentrum des politischen Handelns in Westdeutschland standen Bemühungen zur Wiederherstellung der Grundlagen wirtschaftlicher Aktivität durch die staatliche Garantie von Wettbewerb und Geldwertstabilität und die Sicherung der Wohnraum-, Nahrungs- und Heizmittelversorgung für die Bevölkerung. Die ersten Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft zeigen dies eindrucksvoll in gleichermaßen kurzen wie pragmatischen Empfehlungen (Bundesministerium für Wirtschaft 1973).

Das Jahr 1947 kann als Entscheidungsjahr für die wirtschaftliche Entwicklung Westdeutschlands – und damit auch für die tiefe Verankerung des Narra-

-
- 2 Es handelt sich bei dem Text um einen »Werkstattbericht« aus der Workshopreihe »Wachstum. Wohlstand. Demokratie«, der – das sei hier betont – eine erste Annäherung an die noch unabgeschlossene Untersuchung des Themenkomplexes darstellt.
 - 3 Knauss belegt dies durch die empirische Auswertung der Politik- und Wirtschaftsbeiraterstattung (2015: 5).
 - 4 Daher beziehen sich die nachfolgenden Ausführungen auf Westdeutschland.

tivs – hervorgehoben werden. Nach einer Phase fundamentaler Unsicherheit, die bedingt war durch die Änderung der Deutschlandpolitik der Amerikaner, durch schwerwiegende Versorgungsprobleme, die zu Streiks und Hungermärschen an Rhein und Ruhr führten, und durch die Unzufriedenheit im Zuge der Währungsreform in den Westzonen, konnten in den darauffolgenden Jahren hohe Zuwachsraten der Produktion verzeichnet werden (Abelshauser 2011: 113ff.). Die Unsicherheit in der täglichen Lebenspraxis wurde allmählich verdrängt von der Wahrnehmung eines offenkundig verlässlichen Wachstums, das sukzessive auch zur materiellen Wohlstandsmehrung der breiten Bevölkerung führte (vgl. Spoerer 2007: 32; Abelshauser 2011: 126ff.). Nach den Krisenjahren der Weimarer Zeit, der Weltwirtschaftskrise und der Staats- bzw. Kriegswirtschaft des Nationalsozialismus keimten – zunächst noch zaghaft – Hoffnungen auf eine dauerhafte wirtschaftliche Stabilität und soziale Sicherheit auf. Die dadurch erwartete Verbesserung der sozialen Sicherheit stellte sich tatsächlich ein und stärkte so zunehmend das Vertrauen in die zugrundeliegende Wirtschaftspolitik. In Summe gibt es gute Gründe zur Annahme, dass gerade die allgemeine Lebensunsicherheit, die mitunter dramatischen Lebensverhältnisse der Nachkriegszeit und deren anschließende erfolgreiche Überwindung sich tief in das kollektive Gedächtnis der deutschen Bevölkerung eingegraben hatten. All diese Faktoren bereiteten den Boden für eine gemeinsame (westdeutsche) Erfolgsgeschichte mit einer hohen Identifikationskraft, in deren Zentrum bis heute das vermeintlich kontinuierliche und zugleich unerschöpfliche Wachstum steht.

Ab 1950 bis 1973 wurde trotz einer ersten Wachstumskrise in der Nachkriegsära das BIP knapp vervierfacht, mit durchschnittlich 5,9 % p.a. (vgl. Metz 2001: 75; Feldenkirchen 1998: 30; Abelshauser 2011: 152ff.). Dieser stetige Aufwuchs half, die relativ kurzen Schwächephasen als Übergang zu weiterem Wachstum zu interpretieren. Dadurch entstand bereits früh das Bild einer trotz kurzfristiger Einbrüche scheinbar naturwüchsigen Kontinuität von wirtschaftlichen Erfolgen. Der in der Lebenspraxis der breiten Bevölkerung wahrnehmbare Zuwachs an Wohlstand fand zu dieser Zeit eine Entsprechung in der faktischen Entwicklung der Wirtschaft sowie in deren öffentlicher Kommunikation. Das entstehende Narrativ hatte daher in dieser Phase den Charakter einer zwar vereinfachten, aber sachlich begründeten Interpretation der sozialen und wirtschaftlichen Situation.

Die öffentliche Wahrnehmung von Wachstum und deren subjektive Erfahrung als Mehrung des Konsums führten nicht nur zu einer bloßen Aufhellung einer eingetrübten Stimmung, sondern schufen eine prägende Orientierung

für ein auf die Zukunft gerichtetes individuelles Handeln. Eine Aufeinanderfolge von Verstärkungs- und Rückkoppelungsprozessen, wie sie für soziale Lernprozesse typisch sind, wurde in Gang gesetzt: Die unter den neuen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Nachkriegszeit unmittelbar erfolgreichen Verhaltensmuster fanden eine Bestätigung und wurden folglich wiederholt, intensiviert und schließlich als generalisierte Muster »richtigen« Verhaltens auf andere Lebensbereiche übertragen. Die Einübung der typischerweise als Fleiß, Arbeitssinn, Ausdauer, Sparsamkeit, Disziplin und individuelle Leistung bezeichneten Haltungen fand dabei stets in enger Verknüpfung mit der Wahrnehmung wirtschaftlicher Prosperität, Stabilität und Sicherheit statt, sodass diese Faktoren kognitiv als natürliche Einheit in Erscheinung traten.

Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die tiefe Einschreibung dieser Interpretation in die kollektive Wahrnehmung übte ihre mediale Vermittlung aus. »Wachstum« – ein bis dato nur vage definierter Begriff – wurde durch die in den 1950er-Jahren stattfindende Einführung der statistischen Maßzahl des Bruttoinlandsprodukts zu einer leicht zu kommunizierenden und eingängigen Chiffre.⁵ Das BIP wurde von der Presse in der Nachkriegszeit umstandslos aufgegriffen und etablierte sich als Synonym für »Zuwachs an Wohlstand«.⁶ Insgesamt formierten sich durch erfolgreiches individuelles Handeln und kollektiv erzielte Resultate eine gemeinsam geteilte Sichtweise und eine Zurechnung dieser Resultate auf spezifische Normen. Es bildete sich daher um das Narrativ des wirtschaftlichen Wachstums im Sinne einer als naturgegeben expansiven Entwicklung eine stützende normative Ordnung.

»Soziale Marktwirtschaft« und der »Wille zum Verbrauch«

Während der Begriff »Kapitalismus« zunächst von Karl Marx, dann in den 1920er- und 1930er-Jahren von Max Weber, Werner Sombart und Joseph Schumpeter im wissenschaftlichen Diskurs und auch im politischen Positionsstreit verwendet wurde, war in der Nachkriegszeit unmittelbar klar, dass mit diesem aufgeladenen Begriff in der neu geschaffenen demokratischen Gesellschaft keine populäre Politik zu machen war. Der Begriff »Marktwirtschaft« dagegen war zwar seit den 1930er-Jahren unter Nationalökonomien

5 Grundlegend hierzu die politisch-ökonomische Analyse von Lepenies 2013.

6 Vgl. zur Bedeutung des Wirtschaftsjournalismus bei der Durchsetzung des Wachstumsbegriffs sowie des BIP: Knauf 2015.

gebräuchlich, aber noch nicht etabliert, sodass sich Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard dessen bedienen konnten.⁷ »Marktwirtschaft« wurde von Müller-Armack zur »Sozialen Marktwirtschaft« erweitert und im Nachgang von Erhard übernommen. Dabei war von Beginn an eine Unschärfe mit dem Verständnis der Sozialen Marktwirtschaft verknüpft, was jedoch entscheidende gesellschaftspolitische Integrationskräfte freisetzte und die Anerkennung und Entfaltung von Wachstumsvorstellungen direkt – oder zumindest mittelbar – erheblich begünstigte.

Das von Müller-Armack vertretene Konzept »Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft« (1947) richtete sich auf eine Verknüpfung staatlicher Lenkung mit marktwirtschaftlicher Ordnung, die auch ethische Ansprüche einbeziehen sollte und Anschluss an eine aktive Sozialpolitik bot.⁸ Die Gefahren einer Markt- und Machtkonzentration galt es danach abzuwehren, und die als sozial ungerecht empfundenen Effekte sollten gemildert werden. Das sozialpolitische Handeln, beispielsweise in Gestalt von progressiver Besteuerung oder der Sicherung von Untergrenzen durch Mindestlöhne, wurde normativ begründet durch eine christlich-humanistische Orientierung und durch den Anspruch einer breiten Verankerung der neuen Ordnung, die nicht lediglich eine Wirtschafts-, sondern auch eine Sozialordnung zu sein hatte, zusätzlich bekräftigt. Die Ordnung sollte dabei nicht instrumentell zugunsten einer bloßen Steigerung der Effizienz wirtschaftlicher Prozesse dienlich sein, auch sollte keine Dominanz in ihr entstehen, weder der Wirtschaft noch der Technik, der politischen Macht und gleichfalls nicht des materiellen Wohlstands (Müller-Armack 1949: 164ff.). Vielmehr wurde den Bereichen Bildung, Religion, Kunst und Kultur eine zentrale Stellung im gesellschaftlichen Gesamtbild eingeräumt, in dem eine marktwirtschaftliche Ordnung »ein sehr nützliches Werkzeug ist, um dem richtig verstandenen Gesamtinteresse zu dienen und unseren Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit und freier Entfaltung der Persönlichkeit zu erfüllen« (Müller-Armack 1947/1967: 62). Dies bedeutete für Müller-Armack eine Abgrenzung von einer liberalen Marktwirtschaft des 19. Jahrhunderts, die »als ein geschichtlich abgeschlossenes System angesehen werden muß (...) diese heutige Marktwirtschaft (muß sich) durch ihr

7 Zur Begriffsgeschichte: Spoerer 2007: 29–33. Exemplarisch: Bergler/Erhard (Hg.) 1939.

8 Zum theoriegeschichtlichen Hintergrund: Abelshauser 2011: 92ff. Zur Verknüpfung der Wirtschaftsordnung mit Ethik bei Müller-Armack, vgl. ebd. 91. Zum Bezug zur katholischen Soziallehre, vgl. Stegmann/Langhorst 2000: 785ff.

soziales Ziel unterscheiden. Wir müssen zu einer ›Sozialen Marktwirtschaft‹ kommen« (ebd. 67).

Für Ludwig Erhard erschloss sich dieser Zusatz offenkundig weniger durch eine innere Einsicht in ein um sozialen Ausgleich erweitertes wirtschaftspolitisches Konzept, dessen es seiner Vorstellung nach weniger bedurfte, als vielmehr durch die Erkenntnis der Eignung für die politische Kommunikation. Ein wirtschaftspolitisches Verständnis, das durch das Fahrenwort »sozial« und die Verheißung eines dauerhaften und kontinuierlichen Verlaufs gekennzeichnet war, sollte die Erwartungen in der bundesdeutschen Nachkriegszeit besonders wirkungsvoll ansprechen. Für diese öffentliche Kommunikation steht das von Ludwig Erhard zuerst 1957, dann in zahlreichen Auflagen⁹ bis in die Phase der deutschen Wiedervereinigung hinein publizierte Werk *Wohlstand für Alle*.¹⁰ Darin wird jedoch nicht lediglich eine wirtschaftspolitische Vorstellung von Wachstum beworben, sondern auch eine dafür erforderliche Ethik der Arbeit, einschließlich eines kompatiblen Menschenbilds. Im Zentrum des dynamischen Wachstums steht demnach der Unternehmer, der durch seine Risikobereitschaft, Schaffenskraft und Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung den Idealtypus der Nachkriegsgesellschaft verkörpert und dessen Handlungsbedingungen durch die Schaffung ordnungspolitischer Rahmenbedingungen möglichst günstig zu gestalten sind. Stand ursprünglich die Intention der Bekämpfung von Not und Elend im Zentrum des wirtschaftspolitischen Handelns, so richtete sich nun die Aufmerksamkeit auf eine störungsfreie und möglichst permanente Produktion. Wenige Jahre zuvor hatte es noch in den »Düsseldorfer Leitsätzen« geheißen, dass die »Wirtschaft in Erfüllung ihrer letzten Zielsetzung der Wohlfahrt und der Bedarfsdeckung des ganzen Volkes dient« und »diese Bedarfsdeckung (...) selbstverständlich auch eine angemessene Versorgung des notleidenden Teils der Bevölkerung zu umfassen (hat).« (CDU 1949: 2)¹¹ Nun ging es um die wirtschaftliche Leistung und die Bereitschaft bzw. den »Mut zum Wagnis«, damit die »seelenlose Herrschaft eines staatlichen Wirtschaftsdirigismus« (Erhard 1964/2020: 256 u. 226) überwunden werde.

9 Nachfolgend wird die Textgrundlage der letzten von Ludwig Erhard autorisierten Fassung von 1964 verwendet, Neuausgabe 2020.

10 Es deckt sich in seinen zentralen, auch über die Wirtschaftspolitik hinausgehenden Aussagen mit dem Hamburger Programm der CDU von 1953.

11 Die Düsseldorfer Leitsätze der CDU vom 15. Juli 1949 sind das wirtschafts- und sozialpolitische Programm der CDU für die erste Bundestagswahl.

Dieses Verständnis von Ziel und Zweck der Erwerbstätigkeit war zumindest für den größeren Teil der bundesdeutschen Bevölkerung insofern neu, als es nicht nur eine bestimmte Arbeitsethik einforderte, sondern auch eine nachdrückliche Aufforderung zum Konsumieren. Nicht nur die Produktion sollte danach permanent sein, sondern auch der Verbrauch der produzierten Güter. Bei Erhard wird in diesem Sinn ein »Wille zum Verbrauch« eingefordert, der einen für die Dynamik der Wirtschaft erforderlichen Druck ausübt (ebd. 222). Durch diese »neuen Erkenntnisse« sollten die seither geltenden Probleme des konjunkturellen Verlaufs überwunden werden. Damit dies jedoch zum Tragen kommen könne, sei auch eine Verhaltensänderung erforderlich. Aus der Beschreibung einer vermeintlich natürlichen wirtschaftlichen Entwicklung ergeben sich daher Empfehlungen für »richtiges« Verhalten, um eine derartige Normalität erst zu erzeugen. Dem haben sich letztlich auch Unternehmen zu beugen, wenn es im nahezu zeitgleich verfassten CDU-Programm heißt, »den Gütern eines gehobenen Verbrauches müssen neue Käuferschichten erschlossen werden«, oder wenn »echte Mengenkonjunktur« als »Ziel der nächsten Phase der Sozialen Marktwirtschaft« verkündet wird (CDU 1953: 34f.).

Die Zielsetzung wirtschaftlichen Handelns wandelte sich in Erhards programmatischer Schrift von der Bedarfsdeckung, wie sie noch 1949 eingefordert wurde, zur Bedürfnisproduktion, deren Einlösung durch eine Verhaltensänderung erfolgen sollte. Durch diese Wandlung schuf sich die Interpretation von Gegenwart und Vergangenheit eine dazu passende Wirklichkeit. Be feuert vom eintretenden Erfolg begann das Narrativ, sich sukzessive zu selbstständigen und eine eigene normative Gestaltungskraft auszuüben, die das Selbstverständnis der Bürger und deren Lebenspraxis veränderte, ohne dass dies in relevanter Art und Weise zum Gegenstand ihrer Wahrnehmung und Kritik wurde. Dabei sollte zum dauerhaften Konsum, der Aufforderung zum stetigen Verbrauch und dem dadurch am Laufen gehaltenen wirtschaftlichen Wachstum auch die individuelle Verantwortung zur Einlösung dieses Versprechens der Prosperität kommen. Der Staatsbürger, der nun primär als Konsument das Feld betritt, ist aufgerufen, durch sein Verhalten zur Kontinuität der wirtschaftlichen Entwicklung beizutragen. Folgt er diesem Ruf, so hebt sich sein materielles Wohlstandsniveau weiter an. Trägt der Unternehmer die Verantwortung für die Dauerhaftigkeit und Ausweitung der Warenproduktion, so ist der Konsument verantwortlich für den steten Verbrauch und die fortwährende Mehrung seiner Wünsche. Entstehende Unwägbarkeiten oder Risiken des Lebens sind dabei jeweils individuell, als Ausdruck der Freiheit, zu be-

wältigen, damit die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung als Wachstum nicht nachlässt.

»Die Wahrscheinlichkeit, ja fast die Sicherheit spricht dafür, daß sich die Lebensbedingungen der Völker, die die soziale Marktwirtschaft verwirklichen, fortdauernd erweitern und verbessern. Da also mit einem tendenziell steigenden Einkommen und einem immer höheren Lebensstandard zu rechnen ist, erscheint es gerade auch nach sozialen Gesichtspunkten zumutbar zu sein, das Individuum in menschlicher Verantwortung zu halten, ja, es sogar stärker als bisher in diese Verantwortung zu stellen.« (Erhard 1964/2020: 252f.)¹²

Erhard kontrastiert mit dieser Vorstellung ein individualistisches und auf materiellen Wohlstand gerichtetes Freiheitsverständnis mit dem Bild eines »sozialen Untertans«, der die Folge eines »gefährlichen Weges hin zum Versorgerstaat« wäre (ebd. 252). Gemeinschaftlich organisierte und gemeinwohlorientierte Formen des wirtschaftlichen Handelns und der Vermittlung von sozialer Sicherheit sind folglich aus dem Repertoire der Wirtschafts- und Sozialpolitik auszusondern oder allenfalls als Notfalloption zu bewerten. Diese Fokussierung betreibt Erhard rund 10 Jahre nach dem Ahlener Programm, das die Überwindung der Versorgungsnot mit einer Neuordnung der Wirtschaft auf der Grundlage gemeinwohlorientierter Unternehmen ankündigt (CDU 1947).

In dem von Erhard beschriebenen Verständnis der Gesellschaft, in deren Zentrum die Wirtschaft und als deren dynamischer Motor die Entfesselung von Produktion und Konsum stehen, büßt Freiheit nicht nur ihren eigenen Wert ein und wird zur Konsumfreiheit stilisiert. Auch die gesellschaftliche Praxis in einer demokratischen Ordnung wird in diesem Modell zum schlichten Pendant der Marktwirtschaft: »Demokratie und freie Wirtschaft gehören logisch ebenso zusammen wie Diktatur und Staatswirtschaft.« (Erhard 1964/2020: 14) Folglich erscheint die Demokratie gleichermaßen als eine Rahmenbedingung für und als ein Resultat aus funktionierenden marktwirtschaftlichen Prozessen, die über die Sicherstellung ihrer formalen Bedingungen hinaus nicht gesondert zu fördern ist. Die gewünschte gesellschaftliche Stabilität stelle sich bei wirtschaftlicher Prosperität quasi von selbst ein, sie sei ihrerseits durch einen »Willen zum Verbrauch« zu sichern.

12 Der konkrete Anlass zur gleichermaßen ausführlichen wie scharfen Kritik einer »befohlenen Zwangsversicherung« (ebd. 254) war die Diskussion um die Einführung der »dynamischen Rente«. Vgl. Schmähl 2007; Hockerts 1977.

Das von Erhard vertretene Verständnis von Demokratie entfaltete sich dabei weniger argumentativ, als dass es sich residual ergab aus der dominanten Position des Wirtschaftswachstums im Gesamtbild politischen Handelns. An ihm wurde auch dann festgehalten, als in der Folgezeit erste Unterbrechungen der Prosperitätsphase eintraten.

Verschiebungen – vom Ideenüberschuss zur Konsumgesellschaft

Die Entfaltung des Narrativs und die damit einhergehende Ausrichtung einer normativen Ordnung war gleichwohl kein sich automatisch vollziehender Prozess. Vielmehr rangen in der Nachkriegszeit zahlreiche Kräfte um die Deutungshoheit der wirtschaftlichen und politischen Ordnung sowie schließlich um die politische Vorherrschaft. Im Gegensatz zur kollektiven Erinnerung – zu der die Parteien wesentlich beitrugen – waren jedoch die Experten und die politischen Repräsentanten sich durchaus einig in der Zielsetzung, nämlich der Ablehnung des Wirtschaftsliberalismus der 1920er-Jahre und der NS-Befehlswirtschaft. Diese kritische Haltung reichte noch weiter, denn auch an die sozialen und kulturellen Verhältnisse der Vorkriegszeit wollte man nicht mehr anknüpfen. Dies schließt auch die beiden christlichen Gruppierungen ein; so wurde beispielsweise vonseiten der Katholiken die Bildung einer gemeinsamen sozialistischen Partei diskutiert, die den christlichen Religionen offenstehen solle (Stegmann/Langhorst 2000: 775f.).

Die Aufmerksamkeit richtete sich daher auf einen »dritten Weg« zwischen freier Marktwirtschaft und Planwirtschaft (Abelshauser 2011: 87f.). Neben grundsätzlicher Kapitalismuskritik gründeten die Ressentiments gegenüber einem privatwirtschaftlich dominierten Marktsystem auf den noch sehr präsenten Erinnerungen an die Folgen der ökonomischen Machtkonzentration in der Weimarer Republik, die in Koalitionen von Großunternehmen mit demokratiefeindlichen Kräften und einer daraus resultierenden Zerstörung der demokratischen Freiheiten mündete. Ein nennenswerter Teil der Ideen und konkreten Vorstellungen konzentrierte sich auf die Neuausrichtung der Wirtschaft, die sowohl dem übergeordneten Ziel der Selbstbestimmung des Individuums zu dienen als auch eine zuverlässige Güterversorgung bereitzustellen habe. Die grundlegenden Veränderungen sollten dabei auch weit über lediglich wirtschaftliche Neuordnungen hinausreichen, so wurden beispielsweise vor der Dominanz der Wachstums- und Konsumvorstellungen auch eine »Mobilisierung des Geistes« und eine »Kulturpolitik als Staatspolitik« als

zentrale Bestandteile der neuen Ordnung propagiert (Grebing 2000: 435f.). Das Spektrum jenseits rein marktwirtschaftlicher Ideen war daher noch in den 1950er-Jahren breit und die Vielfalt an Ideen und konkreten Vorstellungen zu einer zukünftigen Gestaltung steht erheblich in Kontrast zur späteren Verengung auf stetiges Wachstum und Konsumfreiheit.

So überschießend die Ideen und so heterogen die konkreten Konzepte zur Neuordnung waren, ihre Protagonisten wurden in wenigen Jahren konfrontiert mit dem praktischen Erfolg einer Politik, die sich bewährte bei der Bekämpfung von Hunger und Not und nun übergang in eine vermeintlich grenzenlose Wohlstandsmehrung. Dabei erfolgte jener Übergang nicht als Resultat eines öffentlichen Diskurses, auch nicht im Sinne einer politischen Entscheidung, sondern vielmehr als sich subkutan einstellende Verschiebung mit zahlreichen praktischen Auswirkungen im Alltagsleben der breiten Bevölkerung – vom Einzug moderner Haushaltsgeräte, die die Hausarbeit erleichterten, über den Siegeszug des Automobils und die dadurch möglich gewordenen Urlaubsreisen in das Land, »wo die Zitronen blühen«, bis zum Aufstieg der Populärkultur und zur Durchsetzung der Massenmedien (vgl. Maase 1997: 239ff.; Abelshauser 2011: 337ff.). Kurzum, der Konsum wurde »demokratisiert«: Seit den 1950er-Jahren waren langlebige Gebrauchsgüter für mehr oder weniger alle Bevölkerungsgruppen verfügbar, nachdem sie zuvor vorrangig mittleren und höheren Einkommensklassen zugänglich waren. Als ein Indikator für den grundlegenden Übergang von der Entbehrungsphase nach dem Weltkrieg in die durch freie Konsumwahl geprägte Wohlstandsphase des »Wirtschaftswunders« kann die Zusammensetzung der Ausgaben privater Haushalte gewertet werden: Während 1950 noch mindestens 65 % des monatlichen Budgets für einen festen Bedarf ausgegeben worden waren, waren Ende der 1950er-Jahre bereits ca. 50 % des Einkommens für mehr oder weniger freie Konsumentscheidungen verfügbar (Wehler Bd. 5, 2008: 78). Die vielfach beschriebene und auch kritisierte Konsumgesellschaft¹³ formierte sich und trug erheblich zur Integration der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen bei, deren Spektrum von kapitalismuskritisch und einem sozialistischen Freiheitsverständnis verpflichtet bis hin zu antidemokratisch – einschließlich noch immer im Nationalsozialismus verhaftet – reichte. Es ließe sich auch auf die plakative Formel bringen: Pazifizierung und Integration durch Massenkonsum. Entscheidend für die unterschwellig stattfindende Verschiebung vom Ideenüberschuss

13 Die Kritik reichte von der katholischen Kirche, die den moralischen Verfall beklagte, bis zur »Kulturindustrie« bei Adorno und Horkheimer.

zur Konsumgesellschaft war offenkundig einerseits die enorme Dynamik der Ausweitung des Konsums und andererseits der Mangel an zu politischen Entscheidungen führender öffentlicher Meinungs- und Willensbildung zum Umgang mit der materiellen Wohlstandsmehrung.

Godesberger Programm – Wachstumsbekenntnis der SPD

Nach dem Verbot der KPD¹⁴ und der Revision des Ahlener Programms der CDU, bei der sich die Partei noch aufgeschlossen gegenüber einer grundsätzlichen Neuordnung der wirtschaftlichen Strukturen zeigte, fanden politisch-emanzipatorische Ideen jenseits einer Fokussierung auf Wachstum, Wohlstand und Konsum lediglich noch in der SPD eine parteipolitische Heimat. Der Umstand, dass die SPD nach der ersten Bundestagswahl nur knapp die Macht verfehlte, verweist dabei auf den offensichtlich noch stark ausgeprägten, kapitalismuskritischen Veränderungswillen in der Bevölkerung.¹⁵ Die Weichen für die Konsumgesellschaft waren zwar gestellt, die Hoffnung auf eine Übernahme emanzipatorischer Vorstellungen im Wirtschaftswunder- und Wohlstandsland blieben dennoch bestehen. In seiner Bedeutung für das Wachstumsnarrativ mit der programmatischen Schrift Ludwig Erhards vergleichbar, kann für die politische Ebene das Godesberger Programm der SPD von 1959 herangezogen werden.¹⁶ Es gilt als Abschluss einer längeren inhaltlichen Auseinandersetzung in Richtung einer Volkspartei, eng verknüpft mit der breiten Übernahme einer Wohlstands- und Konsumorientierung sowie der Wachstumsvorstellungen (Grebing 2000: 437).

Mit dem Godesberger Programm verabschiedete sich die SPD zwar vom Selbstverständnis einer sozialistischen Arbeiterpartei, erhob dabei aber gleichwohl – zumindest deklaratorisch – noch den Anspruch auf die Einlösung sozialistischer Grundwerte und eine »neue Wirtschafts- und Sozialordnung« (SPD 1959: 8). Faktisch jedoch wurde mit dem Programm vollends die Anerkennung der Fundamente einer privatwirtschaftlich dominierten

14 Verbot der KPD 1956 vor der 3. Bundestagswahl 1957.

15 Bei der ersten Bundestagswahl 1949 mit 29,2 % hinter der CDU/CSU mit 31 %; 1953: 28,8 % SPD und 45,2 % CDU/CSU. Vgl. Deutscher Bundestag o.J.

16 Das Godesberger Programm war bis 1989 gültig, bis in jene Zeit wurde auch *Wohlstand für Alle* vielfach aufgelegt und noch bei der Wiedervereinigung als wirtschaftspolitische Empfehlung ausgegeben.

Marktwirtschaft vollzogen.¹⁷ Dies musste allerdings nicht zwangsläufig in eine Wohlstands- und Konsumorientierung münden, doch den offenkundig bereits in der Öffentlichkeit etablierten Vorstellungen der Verknüpfung von marktwirtschaftlichem Wettbewerb und fortwährendem materiellem Wohlstandszuwachs wurde unmittelbar Rechnung getragen. Erkennbares Ziel der Parteiführung war folglich, der Öffentlichkeit und dem politischen Konkurrenten Systemtreue und Pragmatismus zu vermitteln, da sonst eine zukünftige Beteiligung an der Regierungsmacht unmöglich schien.

Die Wohlstandszuwächse der Bevölkerung schlugen sich in einer historisch hohen Zustimmung für die CDU-geführte Regierungspolitik im Jahr 1957 mit knapp über 50 % nieder. Vor diesem Hintergrund wurde die Programmarbeit der SPD nicht nur erheblich zeitlich forciert, sondern auch pragmatisch und unter Anschluss an bereits etablierte Sprachformeln des Wohlstands ausgerichtet. So wurde im Godesberger Programm zwar unter der Rubrik »Stetiger Wirtschaftsaufschwung« noch explizit Bezug genommen auf Not und Elend, die es zu beseitigen gelte, jedoch wurde bereits mit einem »stetig wachsenden Wohlstand« das Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik als durchgehender Faden eingewebt (SPD 1959: 13).¹⁸ Entsprechend der Vorstellung Ludwig Erhards ging man von einer Überwindung konjunktureller wirtschaftlicher Krisen aus und betrachtete die Kontinuität des Wachstums als Normalfall seiner Entwicklung; Kritiker dieses Wirtschaftsoptimismus bildeten deutlich die Ausnahme.¹⁹ Dabei galt wirtschaftliches Wachstum zugleich als unabdingbare Voraussetzung für »ein Leben in Freiheit ohne unwürdige Abhängigkeit und ohne Ausbeutung« (ebd.). Während »freie Konsumwahl und freie Arbeitsplatzwahl« der weiteren Illustration des Freiheitsverständnisses dienten, traten die Entfaltung des Individuums und die dafür notwendigen

17 Das Godesberger Programm weist zahlreiche Besonderheiten gegenüber früheren Programmen auf. Für die hier anstehende Thematik wesentlich ist der Umstand, dass den Schlussfolgerungen und Forderungen erstmals keine kritisch-analytische Bestimmung der gesellschaftlichen Ausgangssituation vorangestellt werden. Vgl. Pirker 1965: 277; Klotzbach 1996: 443; Grebing 2000: 444.

18 Ein vergleichbares Bekenntnis findet sich auch in den Prinzipien der Sozialistischen Internationale von 1951, die seinerzeit insbesondere über Willi Eichler Eingang in das Godesberger Programm fanden. »Die unmittelbaren Ziele sozialistischer Politik sind Vollbeschäftigung, Produktionssteigerung, stetige Vergrößerung des Wohlstandes ...« (FES 2001). Vgl. Grebing 2000: 438.

19 Insbesondere durch Peter von Oertzen, Vertreter des demokratischen Sozialismus, Programm-Vordenker und Politikwissenschaftler. Vgl. Grebing 2000: 450.

Rahmenbedingungen dahinter zurück.²⁰ Die Bemühungen um eine Umwandlung der Wachstums- und Wohlstandsvorstellungen zugunsten einer emanzipatorischen Ausrichtung gerieten im Zuge der Programmarbeit insgesamt in den Hintergrund, ebenso wie wichtige Weichenstellungen hierfür, beispielsweise eine Konzeptualisierung der Verteilungspolitik.²¹

Schließlich mündeten die konkreten Wohlstandserwartungen der SPD-Klientel in die Forderung einer »stetige(n) Erhöhung des Sozialprodukts« (SPD 1959: 16). Damit wurde ein direkter Anschluss an Erhards plakative Formel »Der Kuchen muss größer werden!« (Erhard 1964/2020: 216) geschaffen sowie eine Generalabsolution für quantitatives Wirtschaftswachstum und die Soziale Marktwirtschaft erteilt. Wurde der Kuchen größer, so ermöglichte dies der wirtschaftlichen Interessenvertretung seitens der SPD, einen entsprechend höheren Anteil für die abhängig Beschäftigten in Form von Lohn- und Gehaltszuwächsen sowie an staatlichen Transferzahlungen einzufordern. Dabei war die Abhängigkeit der vertretenen Klientel von regelmäßigem Einkommen besonders hoch, da sie nur in geringem Maße auf eigene Vermögen oder sonstige Sicherheiten im Falle von kurzfristig ausfallendem Einkommen zurückgreifen konnte. Vor diesem Hintergrund bestand ein ausgeprägtes Interesse an möglichst gleichmäßigen Wachstumseffekten. Diese Überlegungen standen im Zentrum des Interesses von Karl Schiller, der maßgeblich den wirtschaftspolitischen Teil des Godesberger Programms verantwortete und dessen einschlägige Vorarbeiten weit in die 1930er-Jahren zurückreichten. Es ging im Kern um die Vorstellung der »mittelbaren Beeinflussung« der Wirtschaft und der »vorausschauenden Konjunkturpolitik« (SPD 1959: 13). Sie schien erforderlich, da das Wachstum in den Jahren zwischen 1950 und 1960 teilweise drastisch schwankte – von 1951: 9,7 % zu 1955: 12,1 % und 1958: 4,5 % –, um anschließend wieder zu steigen (Destatis 2024).²² Die Glättung jener Schwankungen wurde von Schiller in seiner Rolle als Wissenschaftler lediglich als eine Aufgabe des Einsatzes moderner Instrumente der Steuerung bewertet, die er dann als Wirtschaftspolitiker in das spätere »Stabilitäts- und

20 Theo Pirker zur Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl von 1957: »Während des Wahlkampfes genossen Millionen die Früchte des deutschen Wirtschaftswunders an der sonnigen Küste des Mittelmeeres und der Nordsee« (1965: 243).

21 Klotzbach weist darauf hin, dass »die innerparteiliche Meinungsbildung zu diesem Punkt erst am Anfang stand« (1996: 439).

22 Die Angaben beziehen sich auf das Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt, die Steigerungen beziehen sich auf das Vorjahr.

Wachstumsgesetz« in rechtlicher Form überführte.²³ Der Wirtschaftshistoriker Knut Borchardt bewertete diesen Anspruch folgendermaßen: »Zur Zeit sind wir Zeugen des systematischen expliziten Einbruchs der Staatsaktivität in die Domäne kapitalistischen Selbstverständnisses, in das Wachstum.« (1969: 37)

Das Grundverständnis der Wirtschaft als stetig wachsende Sphäre hatte sich überparteilich etabliert und die »Sicherstellung des optimalen Funktionierens des Wirtschaftssystems« nach der Vorstellung von Schiller »war (...) kompatibel mit dem *Erhards*, allerdings moderner und pragmatischer.« (Grebting 2000: 421; kursiv i. Original) Es war zudem komplexer, da Schiller die bei der Verfolgung der wirtschaftspolitischen Ziele zwangsläufig auftretenden Konflikte – »magisches Dreieck«, später »magisches Viereck« – als nicht einseitig auflösbar erkannte. In Kongruenz mit Ludwig Erhard galt es, den geschaffenen Wettbewerb vor der Übermacht von Großunternehmen zu schützen. Deren Macht zu bändigen wurde als »zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik« benannt (SPD 1959: 14). In Summe bildete sich damit – bis auf Residuen der Mitbestimmung und Gemeinwohlorientierung – eine direkte Anknüpfung an das Modell der »Sozialen Marktwirtschaft«. Eine in den 1960er-Jahren anklingende Kritik hingegen sollte sich nicht durchsetzen: »Wir wissen die Werte und auch die materiellen Güter einer Zivilisation zu schätzen, die das Leben erleichtern und angenehm machen. Aber wir sind keine Wohlstandssklaven.« (Brandt 1969: 4)²⁴

Das Godesberger Programm verweist, wie zahlreiche andere Dokumente, auf ein Verständnis von wirtschaftlicher Entwicklung als vermeintlich grenzenlosem Expansionsprozess, an welchem die Bevölkerung in Gestalt individueller Wohlstandsmehrung partizipieren könne und der daher zu begrüßen sei. Diese Übernahme trug zur politischen Integration und zur Stabilisierung der Gesellschaft erheblich bei. Verzichtet wurde im Gegenzug auf das Freiheitsverständnis im Sinne der Schaffung von Entfaltungschancen, damit aus formalen Freiheitsrechten faktische Entscheidungsmöglichkeiten entstehen. Fragen der Weiterentwicklung der demokratischen Ordnung und der damit verknüpften sozialen Lernprozesse wurden zwar immer wieder debattiert, er-

23 Der vollständige Name des Gesetzes von 1967: Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft.

24 Willy Brandt im Vorwort des Sonderhefts »Zwanzig Jahre Bundesrepublik. Zehn Jahre Godesberger Programm« der Zeitschrift *Die Neue Gesellschaft*.

langten aber keine Dominanz.²⁵ In welchem Maß die im betrieblichen Bereich erstrittenen Erweiterungen der Beteiligung der Beschäftigten zur inneren Anerkennung demokratischer Grundwerte und Prozesse oder lediglich zur Verbesserung der ökonomischen Interessenvertretung und Wohlstandsteilhabe beitrugen bzw. noch immer beitragen, kann hier nicht abgeschätzt werden. Fraglos ist die Erwerbsphäre essenziell für die Einschreibung demokratischer Praktiken und Wertvorstellungen in die Kultur, sie kann jedoch auch die Mehrung des individuellen Nutzens als Verhaltensmaxime verankern.

Faktisch wurden wirtschafts- und gesellschaftspolitische Diskurse zugunsten pragmatischer Reformpolitik stark reduziert. Verschmelzungsprozesse von Partei und Fraktion setzten sukzessive ein, mit dem Resultat einer zunehmend an der Tagespolitik und an gesellschaftlichen Wünschen und Stimmungen orientierten Parteiarbeit unter Verzicht auf einen daher als unnötig erachteten Vorrat an Ideen und Konzepten. Mit Blick auf die gesellschaftliche Entwicklung intensivierte dies eine bereits entstandene Pfadabhängigkeit: Der aus der erfolgreichen Überwindung der Not in der Nachkriegszeit hervorgegangene Wachstumsglaube formierte das Basiskonzept eines wachstumsabhängigen Sozialstaats als Staat der Wohlstandsbeteiligung durch Transferzahlungen.

Das Narrativ als Trugbild

Das Modell der »Sozialen Marktwirtschaft« beansprucht nach Müller-Armack auch »gerechte« Verhältnisse herzustellen und dadurch zu einer Befriedung in der Bevölkerung beizutragen. Bereits zu einem frühen Zeitpunkt in der Nachkriegszeit entwickelte sich jedoch eine Vermögensverteilung, die ein anderes Bild vermittelte, wie exemplarisch ausgewählte Befunde aus in den 1960er-Jahren durchgeführten Untersuchungen dokumentieren.²⁶ In einem 1964 veröffentlichten Gutachten für das Bundeswirtschaftsministerium wurde eine problematische Auseinanderentwicklung der Vermögensbildung bei Selbstständigen gegenüber unselbstständig Beschäftigten konstatiert. Diese war bereits

25 Hervorzuheben ist hierbei u.a. *Mobilisierung der Demokratie. Ein Beitrag zur Demokratie-reform* von 1966 von einer Herausgebergruppe um Waldemar von Knoeringen.

26 Die Lastenausgleichsgesetze von 1949 und 1952 trugen ihren Teil dazu bei, dass die vorhandene Ungleichheit in Einkommen und Vermögen weiter verstärkt wurde. Vgl. Abelshauser 2011: 124.

so weit fortgeschritten, dass über die politischen Lager hinweg Kritik daran geübt wurde, da sie zu »sozialen Spannungen führen und möglicherweise sogar den Bestand der marktwirtschaftlichen Ordnung gefährden könne« (Föhl et al. 1964: 1), wie die Verfasser des Gutachtens einleitend die Situation beschrieben. »Da die kleinen Einkommen fast vollständig zu Verbrauchsausgaben verwendet werden, während ein sehr erheblicher Teil der großen Einkommen gespart wird, da andererseits die hohen Einkommen vorwiegend aus Gewinn und Zinseinkommen bestehen, also Besitzeinkommen sind, fällt zwangsläufig der weitaus größte Teil des jeweils neu geschaffenen Volksvermögens denjenigen zu, welche bereits besitzen. *Wer hat, dem wird gegeben!*« (ebd. 40; kursiv i. Original) Eine genauere Aufschlüsselung der Vermögensverteilung in einem einige Jahre später erstellten Gutachten des Arbeitsministeriums zeigte, dass sich seinerzeit 33 % des gewerblichen Kapitalvermögens (Betriebsvermögen und Kapitalanteile) auf 14.000 Haushalte konzentrierte (Krelle/Schunck/Siebkke Bd. II, 1968: 490). Diese extreme Ungleichverteilung des Vermögens lag dabei längere Zeit außerhalb des öffentlichen Wahrnehmungsfeldes und wurde durch die erheblichen Einkommenssteigerungen während der Hochkonjunkturphase verdeckt. Allein zwischen 1950 und 1973 nahm das Nettoeinkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten um das Vier- bis Fünffache zu (Wehler Bd. 5, 2008: 122).

Sollten trotz günstiger Wachstumsbedingungen und einer dadurch möglichen Teilhabe der breiten Bevölkerung am erwirtschafteten Zuwachs Verteilungsprobleme auftreten, so konnte stets auf eine einfache Erklärung verwiesen werden, um weiter dem Wachstumspfad zu folgen: Auf längere Sicht bezogen würden auch ärmere Bevölkerungsgruppen profitieren, denn der Wohlstand sickere schließlich auch zu ihnen durch. Die vom Ökonomen Simon Kuznet formulierte Erklärung (»Trickle-Down«) verweist darauf, dass zunächst eine steigende Einkommensungleichheit aus dem Wachstum der Industrialisierung entstehe. Sie würde jedoch anschließend übergehen in ein zunehmendes Einkommen auch der ärmeren Bevölkerung, bei weiterhin positiven Wachstumsraten der Wirtschaft. Dieses Szenario fand als »Kuznet-Kurve« Eingang in die Literatur und wurde zu einer politisch über Jahrzehnte vielfach bemühten Begründung.²⁷ Eine kritische Auswertung der mittlerweile zahlreichen empirischen Studien kommt jedoch zu einem ernüchternden Resultat: »Ohne (...) Begleitmaßnahmen scheint es – wie viele empirische Untersuchungen zeigen – keine systematischen *Trickle Down*-Effekte von

27 Siehe hierzu den Beitrag von Klump/Wolf 2021.

Wirtschaftswachstum zu geben.« (Klump/Wolf 2021: 518; kursiv i. Original) Der Argumentation zugunsten einer Steuersenkung für hohe Einkommensbezieher schadete der ausbleibende Beleg jedoch ebenso wenig wie dem Narrativ eines notwendigerweise stetigen Wirtschaftswachstums.

Eng verknüpft mit der verheißungsvollen Formel »Wohlstand für Alle« durch Tüchtigkeit und Disziplin aller wurde ein daraus resultierender sozialer Aufstieg in Aussicht gestellt. Bei entsprechendem Fleiß und Begabung sei der Zugang zur Bildung gewährt und eine anschließende Umwandlung des kulturellen Kapitals in ökonomisches Kapital und damit in höheres Einkommen und Vermögen möglich. Dem wirkte jedoch eine während der Nachkriegszeit dominante ständische Sichtweise entgegen, die vehement verteidigt wurde, wiewohl das liberale Freiheitsversprechen weltanschaulicher Bestandteil der »Sozialen Marktwirtschaft« war. Erst durch die Debatte um bildungsorientierte Umverteilungsmaßnahmen – in einer grundsätzlichen Dimension angestoßen durch Jürgen Habermas (1959) und durch empirische Untersuchungen von Ralf Dahrendorf (1965) sowie durch Heinrich Popitz (1965) zur Bildungsungleichheit – wurden diese Risse in der Glaubwürdigkeit des »Wohlstands für Alle« offensichtlich. Vorübergehend wurde die Bildungs- bzw. Chancengleichheit als unerfülltes Versprechen wahrgenommen und öffentlich thematisiert (vgl. Geissler 2014: 348ff.; Mangold 2012).

Wie weit gemeinsam geteilte Vorstellungen die empirische Realität zu verdecken vermögen, ohne dass dies zu einer neuen und valide gestützten Sichtweise auf die gesamtgesellschaftliche Situation führt, wird bei der Überprüfung eines weiteren wichtigen Bestandteils des semantischen Komplexes um das Wachstum deutlich: das bis zur Wiedervereinigung beider deutscher Staaten und gar bis in politische Debatten des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts betonte »Wirtschaftswunder«. Dieses stelle, so heißt es bis heute, eine besondere deutsche Leistung dar, die der Arbeitsdisziplin geschuldet sowie dem Konzept der »Sozialen Marktwirtschaft« zuzurechnen sei. Entsprechend könne diese Leistung durch die Bereitstellung entsprechend günstiger Rahmenbedingungen für die Unternehmen wiederholt werden. Statistische Ländervergleiche zeigen indes deutlich, dass die hohen Wachstumszahlen in der unmittelbaren Nachkriegszeit im Wesentlichen einen Nachholeffekt ausdrücken, durch welchen Deutschland Anschluss an die allgemeine wirtschaftliche Expansion gewann. In der Mitte der 1970er-Jahre, nach Ende der Phase hohen Wachstums, lag das Wohlstandsniveau Deutschlands ungefähr auf dem Niveau der Nachbarstaaten Frankreich, Niederlande, Dänemark, Schweiz und Belgien, ebenfalls in den Jahren 1913, 1960

und 1985 (Spoerer 2007: 33ff.). Auch bei einer gewissen Relativierung dieser »Rekonstruktionsthese« durch die »Strukturbruchthese« ist die hochkonjunkturelle Phase zwischen 1950 und 1973 als »absoluter Sonderfall« zu bewerten.²⁸ Das »Wirtschaftswunder« war daher das Ergebnis einer historischen Ausnahmesituation, in welcher hohe Basiseffekte, nicht zuletzt aufgrund der gut ausgebildeten und in hohem Maße zugewanderten Arbeitskräfte, erzielt wurden.²⁹

Zwei Stützen des Wachstumsverständnisses: Narrativ und Paradigma

Nach Aleida Assmann ist der Begriff des Narrativs gerade nicht durch kritische Selbstreflexion und durch eine Überprüfung der Richtigkeit von Fakten und Angemessenheit von Haltungen, Überzeugungen und dabei vertretenen Normen gekennzeichnet. Ein Narrativ gewährt keinen rationalen und analytischen Zugang zur Realität, vielmehr liegt seine gesellschaftliche Bedeutung in der Erzeugung und kulturellen Verankerung eines kollektiven Selbstbildes über Werte und Gefühle (Assmann 2023: 95f.).

Es gibt gute Gründe, diese wichtige gesellschaftliche Funktion der Sphäre der allgemeinen Öffentlichkeit zuzuordnen. In einer fachlichen Öffentlichkeit der Wissenschaft dagegen gilt es andere Funktionen zu erfüllen und Regeln zu befolgen. In dieser Sphäre ist ein gedankliches Konstrukt der rationalen Begründung verpflichtet und der Überprüfung ausgesetzt. Moderne und aufgeklärte Gesellschaften adaptieren typischerweise im wissenschaftlichen Diskurs erarbeitete Wissensbestände und daraus folgende Sichtweisen, wenn auch zeitverzögert, vereinfacht und vielfach auch nur bruchstückhaft oder verzerrt.³⁰ Die allgemeine Öffentlichkeit nähert sich dadurch der rationalen Begründung an bzw. adaptiert sie. Die Sphäre der Wissenschaft ist jedoch aus Sicht der Wissenssoziologie ebenfalls durch Festlegungen von Sichtweisen,

28 Die »Rekonstruktionsthese« argumentiert mit dem genannten Nachholeffekt, während die »Strukturbruchthese« sich auf den grundlegenden Wandel der internationalen Institutionen (Stichwörter hierzu: Bretton Woods, GATT, ERP, EWG, OECD) und auf die innerdeutsche Wirtschaftspolitik richtet. Vgl. Wehler Bd. 5, 2008: 48ff.

29 Siehe hierzu auch Abelshauser mit dem Hinweis auf die hohe Bedeutung von positiven Wanderungseffekten bzgl. Humankapital (2011: 294f.).

30 Dieses Modell der Modernisierung gerät jedoch gegenwärtig offenkundig in eine grundlegende Krise.

Auffassungen und Methoden gekennzeichnet, die in problematische Schließungs- und Verselbständigungsprozesse und schließlich in die Ablösung von der Realität münden können (Knoblauch 2005; Stehr/Meja 1981). Anstelle einer kontinuierlich zunehmenden Problemlösungskompetenz können Blockadeeffekte durch etablierte Erklärungs- und Lösungsmodelle im Sinne eines Paradigmas eintreten, mit dem neue Problemlagen nicht zu erfassen und folglich nicht zu bewältigen sind.³¹ Das in der allgemeinen und politischen Öffentlichkeit verbreitete Narrativ des wirtschaftlichen Wachstums findet offenkundig eine Entsprechung in der Festlegung der Sichtweise der einschlägigen wissenschaftlichen Disziplinen. In dieser Konstellation bestärken sich Narrativ und Paradigma wechselseitig; eine kritische Sichtweise findet folglich schwerlich einen Anknüpfungspunkt für eine öffentliche Debatte.

Im vorhergehenden Abschnitt wurde mit dem »Sickereffekt« bereits auf eine Hilfskonstruktion zur Unterstützung bzw. Ergänzung des Narrativs vonseiten der Wissenschaft verwiesen. Öffnet man diese Perspektive weiter und bezieht die direkt oder indirekt zum Ausdruck kommende Sichtweise der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften auf das Wachstum ein, so zeigen sich grundlegende Gemeinsamkeiten, die an dieser Stelle jedoch nur exemplarisch genannt werden können. Indirekt äußert sich diese Sichtweise in der immer aufwendiger werdenden Modellierung des Wachstums und im dadurch befeuerten innerwissenschaftlichen Fortschritt, der bereits mit den späten 1930er-Jahren (wieder) an Fahrt aufgenommen hatte.³² So wurden zwischen 1939 und 1956 von Harrod, Domar, Solow, Swan und Kuznet grundlegende Beiträge zur modernen ökonomischen Wachstumstheorie publiziert. Die Konzentration des Forschungsinteresses auf die Aufschlüsselung der beim wirtschaftlichen Wachstum wirkenden Triebkräfte bedeutete einen stetigen Bezug auf das mitlaufende Grundverständnis des Wachstums, das sich dadurch immer weiter festigte. Der seit 1969 verliehene Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften prämierte dementsprechend auffällig häufig wachstumsbezogene Forschungen.³³

31 Für das Phänomen derartiger Festlegungen von Fragestellungen, Sichtweisen, Auffassungen und Methoden kann auf ein allgemeines Verständnis des Paradigmas rekurriert werden, ohne zugleich seine wissenschaftstheoretischen Implikationen zu übernehmen. Vgl. Hoyningen-Huene 2010: 1897.

32 Vgl. Übersicht bei Maußner/Klump 1996: 13–23; Bender/Gabisch 2003: 406ff.

33 Bereits bei der ersten Verleihung des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaft 1969 an Ragnar Anton Kittil Frisch und Jan Tinbergen wurden ökonometrische Modelle zur Berechnung von Wachstum und Konjunktur gewürdigt. Die Reihe kann fortgesetzt

Globalerklärungen der wirtschaftlichen Entwicklung wie jene des US-amerikanischen Ökonomen Walt W. Rostow waren in der Politik der westlichen Länder ungeachtet ihrer propagandistischen Aufladung jahrzehntelang dominant. Das »Rostow-Modell« geht von einer systematischen Abfolge von fünf Stufen aus, die nach einer für alle Gesellschaften geltenden Entwicklungslogik verläuft: Im Anschluss an eine traditionelle Gesellschaft folgt zunächst eine Übergangsgesellschaft und dann eine Stufe des wirtschaftlichen Aufstiegs (»take-off«), die wiederum in ein Reifestadium übergeht, um schließlich in die moderne Industriegesellschaft westlich-kapitalistischen Typs zu münden: »the age of high mass-consumption« (Rostow 1960/1971: 73ff.). Als Indikatoren werden jeweils Investitionsraten und besondere Konsumansprüche herangezogen. Vorläufig gekrönt werde die Entwicklung durch den Massenabsatz von Automobilen. Trotz dieser durch den Kalten Krieg stark politisch-propagandistisch geprägten Schrift mit dem Untertitel »A Non-Communist Manifesto« konnte sich deren Leitidee einer teleologischen Steigerungsform im Kanon anerkannten Wissens verankern. Sie fand zudem eine Fortsetzung in der Vorstellung des »catching-up« als eines am internationalen Wachstumspotenzial orientierten Aufholprozesses.³⁴ Wirtschaftliches Wachstum wurde somit interpretiert als eine über immer höhere Stufen sich entfaltende Geschichte der westlichen Gesellschaften durch Modernisierung des Konsums, der »unterentwickelte« Länder folgen sollten, um an den Segnungen des Wohlstands teilzuhaben.³⁵

Entsprechendes gilt für die »Drei-Sektoren-Hypothese«, die als Erklärungsansatz bis in die 1990er-Jahre im Zusammenhang mit einer gegenüber den Vereinigten Staaten als nachteilig wahrgenommenen deutschen Wirtschaftsstruktur (»Deindustrialisierungsthese«) herangezogen wurde. Um weiteres Wachstum zu entfalten, gelte es, seine innere Dynamik zu entschlüsseln und vermeintliche Bremsen zu lösen, die in der sektoralen Ordnung gesehen wurden. Ursprünglich als volkswirtschaftliches Erklärungsmodell

werden mit Simon Smith Kuznets (1971), John Richard Hicks und Kenneth Joseph Arrow (1972) oder Robert Merton Solow (1987), der (allerdings spät) für seine bereits 1956 publizierte Forschung zum Wirtschaftswachstum auf der Grundlage von technischem Fortschritt ausgezeichnet wurde.

34 Das Stufenmodell hatte erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung der Entwicklungspolitik. Der Soziologe Scheuch sprach ihm dabei eine »große praktische Bedeutung« zu (2003: Bd. 1: 289). Zur Kritik am Modell und entsprechenden Maßnahmen durch die Politikwissenschaft: Nohlen/Nuscheler (Hg.) 1982: 50 u. 299.

35 Vgl. einschlägige Lehrbücher u.a. Bender/Gabisch 2003: 442f.

des wirtschaftlichen Wandels in mehreren Stufen und Varianten zunächst von den US-amerikanischen Ökonomen Allan G.B. Fisher (1939) und Colin Clark (1940) auf der Basis von Zeitreihenanalysen entwickelt, wurde die »Drei-Sektoren-Hypothese« schließlich von Jean Fourastié (1949) modifiziert und erweitert. Die innere Dynamik des Wachstums sei im Wesentlichen dem technischen Fortschritt geschuldet, womit an Joseph Alois Schumpeter (1934) angeschlossen wurde.

Es galt also, das Innere der Wachstumsmaschine in berechenbare Größen zu zerlegen, um das Wachstum schließlich stärker zu entfesseln. Daher war bereits in den 1950er-Jahren die Zurechnung des technischen Fortschritts das Schlüsselthema, mit welchem Robert M. Solow (1956) die neoklassische Wachstumstheorie begründete. Der formale Aufwand der entwickelten Modelle nahm erheblich zu, kritische Bewertungen der damit verbundenen »Rechenkonventionen« und des Umgangs mit »Restgrößen« des Phänomens Wirtschaftswachstum (Borchardt 1969: 34) verhallten, während die Grundannahme immer mehr als sicheres Wissen unhinterfragt akzeptiert wurde.

Im Kontext des Wachstums-Paradigmas ließe sich die Reihe wirtschaftswissenschaftlicher Modelle fortsetzen und ergänzen durch sozialwissenschaftliche Theorien, die ihrerseits das Paradigma übernommen haben. Im abgesteckten Rahmen widmen sie sich dem Phänomen des sozialen Wandels vorwiegend als Anpassungsprozess und führen damit gesamtgesellschaftliche Veränderungen auf technologische und wirtschaftliche Prozesse zurück.³⁶ Der Siegeszug der Ökonomie und die damit verbundene Anerkennung der Methoden und formalen Modelle stärkten auch in der Soziologie die Vorstellung eines letztlich auf technologische Entwicklung zurückgehenden, dadurch wirtschaftliches Wachstum hervorbringenden und schließlich die Modernisierung der Gesellschaft weiter befördernden Verständnisses von Wandel. Die dominierenden wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Vorstellungen und Modelle gehen dabei jeweils von prinzipiell unbegrenzten menschlichen Bedürfnissen aus, denen eine ebenfalls unbegrenzte Kreativität gegenübersteht. Wirtschaftliche Krisen oder Stagnationen schienen stets durch die Weckung neuer Bedürfnisse sowie durch die Erschließung neuer

36 Beispielhaft ist die Reduktion der ursprünglich komplexen Sichtweise auf den sozialen Wandel bei William F. Ogburn (1922 und 1950) zu nennen. In deren Folge wurden kulturelle und soziale Anpassungs- und Nachholprozesse (»cultural lag«) gegenüber wirtschaftlich-technischen Veränderungen als Normalfall des sozialen Wandels interpretiert. Kritische Übersicht bei Mangold 2007: 86–111.

Absatzmärkte nur den Status von Übergangsphänomenen vor dem Eintritt in eine neue Ära des Wachstums zu haben.

Das Narrativ erlangte durch eine grundsätzliche Kongruenz mit dem Paradigma der Ökonomie eine gegen Kritik immunisierende Geltungskraft und eine über ihren ursprünglichen ökonomischen Bereich hinausreichende Geltungsweite. Wirtschaftliches Wachstum als ein ursprünglich aus rationalen Motiven zu stärkender Prozess zur Überwindung von Hunger und Not entfernte sich dabei zunehmend von diesem Ausgangspunkt und entwickelte eine eigenständige Dynamik. So wurde auch spätestens in den 1960er-Jahren in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften von einer Verselbstständigung des Wachstums ausgegangen, das als Kapitalakkumulation zwar der menschlichen Bedürfnisbefriedigung diene, sich dann jedoch weitgehend unabhängig davon entfalte, sich auf »institutionalisierte Konsumzwänge« stütze und daher eine »Bedürfnisproduktion« erfordere (Borchardt 1969: 33).

Sich selbst tragendes Wachstum – sich selbst tragende Demokratie

Die politische Aufmerksamkeit fokussierte sich offensichtlich sehr lange auf die Sphäre der Wirtschaft und beschäftigte sich mit deren Optimierungsproblemen. Die Komplexität des sozialen und kulturellen Wandels blieb dagegen weitgehend im Schatten der Wahrnehmung. Als hinlänglicher Beleg für die allgemeine Anerkennung demokratischer Grundsätze reichte während der langen Phase der Prosperität die Stabilität der Gesellschaft sowie die Einhaltung der formalen Regeln der Demokratie. Der Erfolg des Ordnungssystems wurde als messbar bewertet und als Ihr Gütekriterium galt eine hohe Wahlbeteiligung, so dass kein Anlass zur weiteren Reflektion über die Bedingungen und Voraussetzungen der Demokratie gesehen wurde, wiewohl immer wieder dieser Annahme widersprechende Wahlergebnisse erzielt wurden.³⁷ Bei einem Erlahmen der Wachstumskräfte und der damit verbundenen Minderung der sozial integrativen und pazifizierenden Wohlstandseffekte traten folglich ge-

37 Exemplarisch: Wahlergebnis des rechtsextremistischen Parteienbündnisses »Deutsche Gemeinschaft/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten« bei der Landtagswahl Württemberg-Baden 1950 mit 14,7 % sowie der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) bei der Landtagswahl 1968 mit 9,8 % (Kailitz 2004: 33 u. 35). Vgl. Fischer 2024.

sellschaftspolitische Problemlagen und Spannungen hervor, deren Zuordnung im dominierenden Erklärungsmodell nicht erfolgen konnte.

Handelte Ludwig Erhard in *Wohlstand für Alle* die Demokratie beiläufig als Pendant zur Marktwirtschaft ab – wie bereits zitiert: »Demokratie und freie Wirtschaft gehören logisch ebenso zusammen wie Diktatur und Staatswirtschaft« –, so teilte er damit eine in Politik und Wissenschaft weit verbreitete Auffassung. Eine nähere Betrachtung der in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften während der gesamten Nachkriegszeit vorherrschenden Modelle zeigt, dass dauerhaftes und sich selbst tragendes wirtschaftliches Wachstum (»self-sustained growth«) als eine globale Antriebsmaschine der gesellschaftlichen Entwicklung mit einem beiläufigen Effekt bewertet wurde: Die demokratische Ordnung stelle sich als Resultat wirtschaftlichen Wachstums quasi als Begleiterscheinung automatisch ein. Stufenmodelle der Modernisierung, wie sie von Rostow oder anderen Wissenschaftlern direkt oder indirekt vertreten wurden, implizierten eine einfache Logik, nach welcher Wohlstandseffekte der marktwirtschaftlichen Ordnung bzw. des freien Marktes zu einer demokratischen Ordnung und damit zu Stabilität und Sicherheit führen würden.

Als in der ersten Hälfte der 1960er-Jahre erhebliche Brüche in der Wachstumsentwicklung auftraten, wurde zunehmend auch die simplifizierte Vorstellung eines sich automatisch einrichtenden Verhältnisses von freiem Warenaustausch und freier Gesellschaftsordnung sichtbar und führte zumindest vorübergehend zu einer grundlegenden Debatte. Auf dem Soziologentag 1969 diagnostizierte beispielsweise Rainer M. Lepsius, dass die »geschichtsphilosophische Vorstellung einer evolutionären Demokratisierung« dazu führe, die eigenständige Beförderung zugunsten einer demokratischen Gesellschaft zu vernachlässigen. Die bislang unkritisch als Prämissen gesellschaftlicher Entwicklung geteilten Vorstellungen einer »inhärenten Symmetrie zwischen dem Wandel der Sozialstruktur, der politischen Verfassung und den kulturellen Wertvorstellungen« würden zerfallen (1969: 198f.).

Zusätzlich zu dieser Konstellation wurde bereits in den 1950er-Jahren auf der Grundlage physikalischer Messreihen zunehmend deutlich, welche Wirkungen das ungebremte wirtschaftliche Wachstum aufgrund der damit eng verknüpften Steigerung der Verbrennung fossiler Brennstoffe auf die globale Klimaerwärmung ausübt. Schließlich folgte 1973 eine im deutschen Buchhandel als »Pflichtlektüre für Politiker, Manager und Wissenschaftler« beworbene Publikation des Club of Rome mit dem Titel *Die Grenzen des Wachstums*, deren Folgerungen auf den seinerzeit modernsten Systemanalysen und Computersimulationen beruhten (Meadows et al. 1972). Der Appell dieser

Studie richtete sich auf radikale Änderung der (westlichen) Lebensgewohnheiten, Denkweisen und damit verbunden auf die Abkehr vom bisherigen Fortschrittsglauben: »Unser Bevölkerungs- und Produktionswachstum ist ein Wachstum zu Tode.«³⁸ Der Vorstellung eines sich selbst tragendes Wachstums und einer sich selbst tragenden Demokratie fügten die Forschungsberichte und die dadurch ausgelöste Debatte hingegen keinen nachhaltigen Schaden zu. Vielmehr wurde zu Beginn der 1990er-Jahre in der breiten Öffentlichkeit wieder eine geschichtsphilosophische These vom »Ende der Geschichte« (Fukuyama 1992) diskutiert, die von einem evolutorischen Prozess ausging, bei welchem dem Siegeszug des ökonomischen der politische Liberalismus folgen würde.

Schluss

Der Ausgangspunkt für das Wachstumsnarrativ war begründet durch mehr oder weniger rationale Entscheidungen unter spezifischen Bedingungen. Es löste sich jedoch zunehmend ab von den realen Gegebenheiten und verselbstständigte sich, ungeachtet eines seit Jahrzehnten erkennbar problematischen Verlaufs. Erheblichen Anteil daran trug die politische Indienststellung der Anhebung des Versorgungsniveaus, welche in eine höhere Zustimmung der breiten Bevölkerung und folglich in eine – vermeintlich dauerhafte – gesellschaftliche Stabilität mündete. Die Bekräftigung vonseiten der Wirtschafts- und Sozialwissenschaft in Form des Paradigmas von einer grundsätzlich grenzenlosen Ausweitung der Güter- und Dienstleistungsproduktion stützte das alsbald in den Kanon kultureller Gewissheiten eingegangene Verständnis. Eine kritische Auseinandersetzung mit den genannten Problemen der Zerstörung der natürlichen Lebensverhältnisse und dem Legitimitätsverlust der demokratischen Ordnung muss daher u.a. erweitert werden um die Frage, welche Rolle vereinfachte und motivierende Interpretationen gemeinsamer Geschichte zukünftig übernehmen können, ohne zugleich in Trugbilder überzugehen. Aufklärungsorientierte Formen der Kommunikation sollten dabei einen deutlich höheren Stellenwert erlangen, als dies bislang der Fall war. Es bleibt auch die Frage, welche Rolle politische Parteien in einem Veränderungsprozess jenseits der Instrumentalisierung von Wohlfandeffekten

38 Aus dem Klappentext der deutschen Ausgabe von 1973.

einnehmen müssen, um der Demokratie nicht durch Formalisierung, sondern durch Einübung ihrer komplexen Voraussetzungen eine dauerhafte Verankerung in der Gesellschaft zu sichern.

Literatur

- Abelshauser, Werner (2011): Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart. 2. überarb. Aufl., München.
- Assmann, Aleida (2023): Was ist ein Narrativ? Zur anhaltenden Konjunktur eines unscharfen Begriffs, in: Merkur, 77. Jg., S. 88–96.
- Bender, Dieter/Gabisch, Günter (2003): Wachstum und Entwicklung, in: Bender, Dieter et al. (Hg.), Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik. Band 1, 8. Aufl., München, S. 397–473.
- Bergler, Georg/Erhard, Ludwig (Hg.) (1939): Marktwirtschaft und Wirtschaftswissenschaft. Eine Festgabe aus dem Kreise der Nürnberger Schule zum 60. Geburtstage von Wilhelm Vershofen, Berlin.
- Borchardt, Knut (1969): Zur Theorie der sozial-ökonomischen Entwicklung der gegenwärtigen Gesellschaft, in: Adorno, Theodor W. (Hg.), Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft. Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages, Stuttgart, S. 29–47.
- Borchardt, Knut (1974): Dreht sich die Geschichte um? Modelle für Wachstums-schranken, Ebenhausen b. München.
- Brandt, Willy (1969): Die Alternative. Zwanzig Jahre Bundesrepublik. Zehn Jahre Godesberger Programm, in: Die Neue Gesellschaft, 16. Jg., S. 3–4.
- Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (o.J.): Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft. Ausfertigungsdatum 08.06.1967: https://www.gesetze-im-internet.de/stabg/BJN_R005820967.html ; letzter Abruf 7.05.2025
- Bundesministerium für Wirtschaft (Hg.) (1973): Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft. Sammelband der Gutachten von 1948 bis 1972, Göttingen.
- CDU (1947): Das Ahlener Programm der CDU der britischen Zone vom 3. Februar 1947. <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/das-ahlener-programm-der-cdu-der-britischen-zone-vom-3.-februar-1947> ; letzter Abruf 10.03.2025
- CDU (1949): Düsseldorfer Leitsätze über Wirtschaftspolitik, Landwirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Wohnungsbau. 15. Juli 1949. <https://www.kas.de/do>

- cuments/291599/20906855/07-001-9001_Duesseldorfer_Leitsaetze.pdf/ab19f58f-49ae-18e3-ccb-d-4fb5cc6567c2?version=1.1&t=1719299424942 ; letzter Abruf 10.03.2025
- CDU (1953): Hamburger Programm der CDU. 4. Bundesparteitag, 18.-22. April 1953, Hamburg. <https://www.kas.de/documents/252038/253252/Hamburger+Programm+%28Quelle%29.pdf/f72d77e5-7581-4e80-80cd-652518392fdb?version=1.1&t=1685619797572> ; letzter Abruf 10.03.2025
- Dahrendorf, Ralf (1965): Arbeiterkinder an deutschen Universitäten, in: Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, Heft 302/303, Tübingen.
- Destatis – Bundesamt für Statistik (2024): Bruttoinlandsprodukt von 1950 bis 2022 im Durchschnitt 3,1 % pro Jahr gewachsen. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/06/PD23_No32_81.html ; letzter Abruf 10.03.2025
- Deutscher Bundestag (o.J.): Bundestagswahlergebnisse seit 1949 – Zweitstimmen. https://www.bundestag.de/parlament/wahlen/ergebnisse_seit1949-244692 ; letzter Abruf 10.03.2025
- Erhard, Ludwig (1964/2020): Wohlstand für Alle. 8. Aufl., Berlin.
- Eucken, Werner (1947): Die Grundlagen der Nationalökonomie. 5. Aufl., Godesberg.
- Feldenkirchen, Wilfried (1998): Die Deutsche Wirtschaft im 20. Jahrhundert. Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 47, München.
- FES – Friedrich-Ebert-Stiftung (2001): Chronik der deutschen Sozialdemokratie/Franz Osterroth/Dieter Schuster. – [Electronic ed.]. – Berlin [u.a.]. 3. Nach dem Zweiten Weltkrieg. 2., neu bearb. und erw. Aufl. 1978. Electronic ed.: Bonn: <http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/chronik/band3/e235g542.html> ; letzter Abruf 10.03.2025
- Fischer, Moritz (2024): Die Republikaner. Die Geschichte einer rechtsextremen Partei 1983–1994, Göttingen.
- Föhl, Carl/Wegner, Manfred/Kowalski, Leo (1964): Kreislaufanalytische Untersuchung der Vermögensbildung in der Bundesrepublik und der Beeinflussbarkeit ihrer Verteilung. Gutachten im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums. Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen, Schriftenreihe Band 2, Tübingen.
- Fukuyama, Francis (1992): Das Ende der Geschichte, München.
- Geissler, Rainer (2014): Die Sozialstruktur Deutschlands, 7. überarb. Aufl., Op-laden.
- Grebting, Helga (2000): Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland. Teil II, in: Grebting, Helga et al. (Hg.), Geschichte der sozialen Ideen in Deutsch-

- land: Sozialismus, katholische Soziallehre, protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, Essen, S. 355–595.
- Habermas, Jürgen (1959): Konservativer Geist – und die modernistischen Folgen. Zum Reformplan für die deutsche Schule, in: Der Monat, 12. Jg., S. 41–50.
- Hockerts, Hans Günter (1977): Sozialpolitische Reformbestrebungen in der frühen Bundesrepublik, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 25. Jg., S. 341–372.
- Hoyningen-Huene, Paul (2010): Paradigma, in: Sandkühler, Hans Jörg (Hg.), Enzyklopädie Philosophie, Bd. 2, Hamburg, S. 1897–1899.
- Klotzbach, Kurt (1996): Der lange Weg zur Staatspartei. Programmatik, pragmatische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965, Bonn.
- Klump, Rainer/Wolf, Pascal (2021): Das Trickle Down-Narrativ als Rechtfertigung wirtschaftlichen Wachstums, in: Forst, Rainer/Günther, Klaus (Hg.), Normative Ordnungen, Frankfurt a.M., S. 502–519.
- Knauß, Ferdinand (2015): Wirtschaftsjournalismus und Wachstumsparadigma. IASS Working Paper, November 2015, Institute for Advanced Sustainability Studies Potsdam (IASS) e. V. <https://doi.org/10.2312/iass.2015.031> ; letzter Abruf 10.03.2025
- Knoeringen, Waldemar von et al. (1966): Mobilisierung der Demokratie. Ein Beitrag zur Demokratiereform, München.
- Knoblauch, Hubert (2005): Wissenssoziologie, Konstanz.
- Krelle, Wilhelm/Schunck, Johann/Siebke, Jürgen (1968): Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer. Mit einer Untersuchung über die Vermögensstruktur der Bundesrepublik Deutschland. Bd. I u. II. Forschungsauftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Tübingen.
- Kurz, Rudi (2023): Wachstumsunabhängigkeit: Transformation und Wohlstand erneuern – ohne Wachstum, in: Wirtschaftsdienst 103. Jg., S. 445–449. <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2023/heft/7/beitrag/wachstumsunabhaengigkeit-transformation-und-wohlstand-erneuern-ohne-wachstum.html> ; letzter Abruf 7.05.2025
- Lepénies, Philipp (2013): Die Macht der einen Zahl. Eine politische Geschichte des Bruttoinlandsprodukts, Frankfurt a.M.
- Lepsius, M. Rainer (1969): Demokratie in Deutschland als historisch-soziologisches Problem, in: Adorno, Theodor W. (Hg.), Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages, Stuttgart, S. 197–213.

- Maase, Kaspar (1997): Grenzenloses Vergnügen. Der Aufstieg der Massenkultur 1850–1970, Frankfurt a.M.
- Kailitz, Steffen (2004): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden.
- Maußner, Alfred/Klump, Rainer (1996): Wachstumstheorie, Berlin/Heidelberg.
- Meadows, Dennis et al. (1973): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Reinbek b. Hamburg.
- Mangold, Michael (2007): Die Stellung der Familie im wirtschaftlichen und sozialen Wandel. Dissertation an der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften der Universität Karlsruhe, Karlsruhe.
- Mangold, Michael (2012): Zum Verständnis der Bildung im Vorfeld ihrer Ökonomisierung, in: Hochmuth, Uwe/Mangold, Michael (Hg.), Bildung ungleich Humankapital. Symposium über die Ökonomisierung im Bildungswesen, München, S. 27–43.
- McCloskey, Deirdre (1990): Storytelling in Economics, in: Nash, Christopher (Hg.), Narratives in Culture: The Use of Storytelling in the Sciences, Philosophy and Literature, London, S. 5–22.
- Metz, Rainer (2001): Expansion und Kontraktion. Das Wachstum der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert, in: Spree, Reinhard (Hg.), Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert, München, S. 70–89.
- Müller-Armack, Alfred (1947): Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Hamburg.
- Müller-Armack, Alfred (1947/1967): Soziale Marktwirtschaft, in: Müller-Armack, Alfred/Schmidt, Herbert B. (Hg.), (1967): Wirtschafts- und Finanzpolitik im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft, Stuttgart, S. 61–69.
- Müller-Armack, Alfred (1949): Diagnose unserer Gesellschaft. Zur Bestimmung unseres geistesgeschichtlichen Standorts, Gütersloh.
- Nohlen, Dieter/Nuscheler (Hg.) (1982): Handbuch der Dritten Welt. Band 1 Unterentwicklung und Entwicklung: Theorien – Strategien – Indikatoren, 2. überarb. Aufl., Hamburg.
- Ogburn, William F. (1922): Social Change: With Respect to Culture and Original Nature, New York.
- Ogburn, William F. (1950/1969): Erneute Betrachtung des Problems der sozialen Evolution, in: Duncan, Otis (Hg.), Ogburn, William F.: Kultur und sozialer Wandel. Ausgewählte Schriften, Neuwied/Berlin, S. 50–68.
- Pirker, Theo (1965): Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945–1964, München.

- Popitz, Heinrich (1965): Die Ungleichheit der Chancen im Zugang zur höheren Schulbildung, in: Friedeburg, Ludwig von (Hg.), Jugend in der modernen Gesellschaft, Köln/Berlin, S. 392–408.
- Rostow, Walt W. (1960/1971): The Stages of Economic Growth. A Non-Communist Manifesto. 2. Aufl., Cambridge.
- Scheuch, Erwin K. (2003): Sozialer Wandel. Bd. 1. Theorien des sozialen Wandels, Wiesbaden.
- Schmähl, Winfried (2007): Die Einführung der »dynamischen Rente« 1957. Gründe, Ziele und Maßnahmen. Versuch einer Bilanz. ZeS-Arbeitspapier Nr. 3/2007. Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen.
- Shiller, Robert J. (2019): Narrative Economics: How Stories Go Viral and Drive Major Economic Events, Princeton/Oxford.
- SPD (1959): Grundsatzprogramm der SPD. Beschlossen auf dem Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959, Köln.
- Spoerer, Mark (2007): Wohlstand für alle? Soziale Marktwirtschaft, in: Hertfelder, Thomas/Rödter, Andreas (Hg.), Modell Deutschland. Erfolgsgeschichte oder Illusion? Göttingen, S. 28–43.
- Stegmann, Franz Josef/Langhorst, Peter (2000): Geschichte der sozialen Ideen im Deutschen Katholizismus, in: Grebing, Helga et al. (Hg.), Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland: Sozialismus, katholische Soziallehre, protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, Essen, S. 599–855.
- Stehr, Nico/Meja, Volker (Hg.) (1981): Wissenssoziologie. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 22/1980, Opladen.
- Wehler, Hans-Ulrich (2008): Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Band 5: Bundesrepublik und DDR 1949–1990, München.

